

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XIII
Einleitung	1
Herleitung des Themas	1
Neue Rahmenbedingungen für gesamteuropäische Integration bzw. Kooperation	1
Neue Rahmenbedingungen für grenzüberschreitende Zusammenarbeit	1
Euroregionen: Kooperation der lokalen Akteure in der Grenzregion.....	2
Fragestellung	3
Anforderungen für Erforschung politisch-grenzüberschreitender Zusammenarbeit an das Forschungsprofil von Theorien	7
Theoretische Überlegungen	8
Funktionalismus (David Mitrany).....	9
Neofunktionalismus (Ernst Haas)	10
Intergouvernementalismus (Stanley Hoffmann), Regime- und Interdependenzforschung.....	11
Ansätze der Interdependenz- und Regimetheorie.....	12
Theorie der Verhandlungssysteme (Fritz Scharpf).....	14
Die Rolle der lokalen und regionalen Akteure im EG-System.....	15
Gliederung und Inhalt der vorliegenden Arbeit	16
Teil 1	17
Teil 2	17
Teil 3	18
Anmerkungen zum methodischen Vorgehen.....	19
Begründung der zeitlichen Eingrenzung des Untersuchungszeitraumes	20
Begründung der begrifflichen und geographischen Eingrenzung der deutsch-polnischen Grenzregion	21
Anmerkungen zum Forschungsstand.....	23
Kapitel 1 Die "neue Geschäftsgrundlage" der europäischen Union: neue Heranführungsstrategien der EU für die MOE- Staaten	29
1.1. Erster Heranführungsschritt: Völkerrechtlich verbindliche bilaterale Europaabkommen (seit Ende 1991)	34
1.1.1. Erste Folgeeinschätzung der Europa-Abkommen für die Frage einer Osterweiterung	36

1.1.2.	Das PHARE-Programm	38
1.2.	Zweiter Heranführungsschritt: Es soll eine Osterweiterung geben	38
1.3.	Dritter Heranführungsschritt: Die "Heranführungsstrategie" entsteht	41
1.4.	Vierter Heranführungsschritt: Das "Weißbuch" der Europäischen Kommission und der Amsterdamer Vertrag	43
1.4.1.	Das "Weißbuch" formuliert eine konkrete Heranführungsstrategie ...	43
1.4.2.	Die Regierungskonferenz 1996 - 1997 und der Amsterdamer Vertrag	44
1.4.2.1.	Erste Folgeeinschätzung des Amsterdamer Vertrags für die "Osterweiterungsfähigkeit" der EU	45
1.4.2.2.	Die "institutionellen Fragen"	45
1.4.2.3.	Der Amsterdamer Vertrag aus Sicht der Länder und Regionen	49
1.4.3.	Eine vorläufige Zwischenbilanz aus Sicht der MOE-Staaten: von Kopenhagen nach Amsterdam	51
1.4.3.1.	Von der Europa-Euphorie zur Europa-Ernüchterung: Der Wille zur Vollintegration bleibt konstant	51
1.4.3.2.	Unterschiedliche Heranführungsstrategien bei EU- und MOE- Staaten und Defizite bei der Bestimmung der nationalen Beitrittsinteressen der Kandidaten	53
1.4.3.3.	Das EU-Konzept der transnationalen Kooperation der Beitrittskandidaten findet keine Resonanz bei den MOE-Staaten	55
1.4.3.4.	Die politische Erfolgsgeschichte der Heranführungsstrategie durch strategische Politikkonzepte und Vermittlung konkurrierender Prioritäten	56
1.5.	Fünfter Heranführungsschritt: "AGENDA 2000"	56
1.5.1.	Die neue "intensivierte Heranführungsstrategie" für alle 10 Bewerberländer	57
1.5.1.1.	Erste Folgeeinschätzung der "intensivierten Heranführungsstrategie"	59
1.5.2.	Einzelprüfung der Beitrittskandidaten nach Beitrittskriterien der Europäischen Kommission	60
1.5.2.1.	Resümee zu der Beitrittsfähigkeit der MOE-Staaten nach den genannten Beitrittskriterien	61
1.5.3.	Auswirkung der Osterweiterung auf Finanzplanung und ausgewählte Politikfelder der Europäischen Union	62
1.5.3.1.	Vorschläge der Agenda 2000 zur notwendigen GAP-Reform	63
1.5.3.2.	Vorschläge der Agenda 2000 zur Reform der Regional- und Strukturpolitik	64
1.5.3.3.	Anpassung der Institutionen an die Erfordernisse einer Gemeinschaft mit mehr als 20 Mitgliedern	66

1.6.	Sechster Heranführungsschritt: Beitritt der MOE-Staaten: Beitrittszeitplan in Abhängigkeit vom Grad der Übernahme des Acquis communautaires.....	67
1.7.	Vorläufiges Fazit zur Erweiterungsfähigkeit der EU: "Agenda 2000" versus divergierende Interessen der Mitgliedstaaten.....	69
1.7.1.	Wirtschaftliche Nettovorteile/-nachteile für die EU-15	69
1.7.2.	Wirtschaftliche Nettovorteile/-nachteile für die beitrittswilligen MOE-Staaten.....	71
1.7.3.	Sonderproblem: Reform der GAP.....	72
1.7.4.	Kernprobleme der Osterweiterung für Mittel- und Osteuropa und die EU-15	73
1.7.5.	Vitales sicherheitspolitisches Interesse der EU-15	75
1.7.6.	Osterweiterung als Herausforderung für die EU, die Mitgliedstaaten und die europäischen Regionen.....	76

**Kapitel 2 Aktuelle Gestaltung der nachbarschaftlichen, nationalen
außenpolitisch-institutionellen Beziehungen Deutschlands
und Polens nach der politischen Wende und ihre Bedeutung
für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit
in der deutsch-polnischen Grenzregion..... 81**

2.1.	"Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenze" ("Grenzvertrag" vom 14.11.1990).....	82
2.1.1.	Politisch-institutionelle Voraussetzung für das Zustandekommen des Grenzvertrages.....	82
2.1.2.	Der Grenzvertrag als Wendepunkt in den deutsch-polnischen Beziehungen.....	85
2.1.2.1.	Grundsätzliche politische Erfahrungen und Probleme des Grenzvertrages	87
2.2.	"Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit" ("Nachbarschaftsvertrag" vom 17.6.1991).....	90
2.2.1.	Zentrale Absprachen zur Minderheitenproblematik.....	91
2.2.2.	Deutsche Fürsprecherrolle bei Polens Westintegration.....	92
2.2.3.	Grundlagen und Probleme der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit (Art. 12 bis 19 des Nachbarschaftsvertrages).....	94
2.2.4.	Anknüpfung des Nachbarschaftsvertrages an die Konventionen des Europarates zu grenzüberschreitender Zusammenarbeit und kommunaler Selbstverwaltung.....	95
	a) "Europäische Rahmenabkommen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften" vom 21.5.1980	98

	b) "Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung" vom 15.10.1985	103
2.2.5.	Der Notenwechsel über die Einrichtung der "Deutsch-Polnischen Regierungskommission für regionale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit" (in Anknüpfung an den Nachbarschaftsvertrag) .	105
2.2.6.	Bildung einer "Deutsch-Polnischen Raumordnungskommission" (am 2.7.1992) in Ausfüllung des Nachbarschaftsvertrages.....	112
2.2.6.1.	Das "Raumordnerische Leitbild für den Raum entlang der deutsch-polnischen Grenze" (Mai 1995).....	114
2.2.6.2.	Die Einrichtung der "Deutsch-Polnischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft AG" (WFG, 1994)	118
2.2.7.	Bildung des "Deutsch-Polnischen Umweltrates" (17.6.1991) in Ausfüllung des Nachbarschaftsvertrages	122
2.2.8.	Grundsätzliche politische Erfahrungen und Probleme des Nachbarschaftsvertrages	127
2.3.	Interessenabgleich deutsch-polnischer Diplomatie am Beispiel des "Weimarer Dreiecks"	132
2.4.	Bestandsaufnahme der "Dezentralisierung" in Polen und Deutschland und Auswirkungen auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit.....	135
2.4.1.	Dezentralisierung in Polen: Systemwandel durch Evolution	135
2.4.2.	Dezentralisierung in der Deutschen Demokratischen Republik: Systemwandel durch Integration.....	141
2.4.3.	Systemwandel und Dezentralisierung als Voraussetzung für lokale, grenzüberschreitende deutsch-polnische Zusammenarbeit ..	143
	a) Rechtliche Rahmenbedingungen für grenzüberschreitende Kooperation für die deutsch-polnischen Grenzcommunen	143
	b) Finanziell-wirtschaftliche Rahmenbedingungen für grenzüberschreitende Zusammenarbeit der deutsch-polnischen Grenzcommunen	145
	c) Politische und politisch-konzeptionelle Rahmenbedingungen für grenzüberschreitende Kooperation der deutsch-polnischen Grenzcommunen	146
Kapitel 3	Neue Geschäftsgrundlage für lokale grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der deutsch-polnischen Grenzregion: Euroregionengründungen nach der politischen Wende	149
3.1.	Besonderheit von grenzüberschreitender Zusammenarbeit im Rahmen von "Euroregionen" an EU-MOE-Grenzen im Vergleich zu EU-Binnengrenzen	149
3.1.1.	Besondere Probleme bei der Bildung von Euroregionen an der deutsch-polnischen Grenze	149

3.1.2.	Hermetische Abschottung der Grenzen am "Eisernen Vorhang" und zwischen den "sozialistischen Bruderländern" an der Oder-Neiße-Grenze	154
3.1.3.	Westeuropäische Grenzraumpolitik: politisch-institutionelle Vernetzung auf regional-lokaler Ebene und finanzielle Unterstützung für projektbezogene Kooperation	159
3.2.	Deutsch-polnische Euroregionen am Beispiel der "Pro Europa Viadrina"	164
3.3.	Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der deutsch-polnischen Grenzregion im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative (GI) INTERREG II und der Aktion PHARE-CBC	171
3.3.1.	Die EU-Regional- und -Strukturpolitik: die GIs und INTERREG II	171
3.3.1.1.	Die Gemeinschaftsinitiativen der Europäischen Kommission (1994 - 1999).....	172
3.3.1.1.1.	Die Operationellen Programme.....	173
3.3.1.1.2.	Die Gemeinschaftsinitiative INTERREG II (am Beispiel des Landes Brandenburg).....	174
3.3.2.	Die EU-MOE-Politik: das PHARE-Programm und PHARE-CBC..	182
3.3.2.1.	Das EU-Hilfsprogramm PHARE für die MOE-Staaten.....	182
3.3.2.2.	Das PHARE-Sonderprogramm 1994-1999 PHARE-CBC.....	186
3.3.3.	Koordination der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative und der EU-Aktion PHARE-CBC	190
3.3.3.1.	Antragstellung und Durchführung der Projekte bei GI INTERREG II	190
3.3.3.2.	Antragstellung und Durchführung der Projekte bei PHARE-CBC ..	195
3.3.3.3.	Koordination von Aktivitäten im Rahmen des PHARE-CBC- und INTERREG-II-Programms durch den JPMC-Ausschuss	199
3.3.3.4.	Die Probleme mit der mangelnden Komplementarität der Förderinstrumente INTERREG II und PHARE-CBC.....	202
3.3.3.5.	Fallbeispiel für Projektantragstellung und Umsetzung im Rahmen von INTERREG II und PHARE-CBC in der deutsch-polnischen Grenzregion	206
3.3.3.5.1.	"Wissenschaft an der Grenze" am Beispiel Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) im Land Brandenburg und Collegium Polonicum (Shubice/PL).....	210
3.3.3.5.2.	"Bildung an der Grenze" am Beispiel der Schulprojekte im Land Brandenburg.....	214
3.3.3.5.3.	Vorläufiges Fazit (Fallbeispiele).....	219
Kapitel 4	Fazit	223
Summary	239



XII Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis..... 249

Literaturverzeichnis 251